

Herr Krieger erläutert den Antrag unter den Aspekten der Verschulung des Lebens von Schülerinnen und Schülern. Die Entwicklung von Ganztagsangeboten an Schulen und die dazugehörige Nachmittagsbetreuung sowie die Verkürzung der Schulzeit (G8) hat Folgen für die außerschulischen Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler und damit auch für die vielfältigen Angebote aller Vereine/Organisationen im Nachmittags- und Abendbereich. Diese gesamtgesellschaftliche Entwicklung ist in diesem Zusammenhang seiner Meinung nach nicht wünschenswert. In einer lebhaften Diskussion weist Frau Thamm auf die Regeln der politisch gewollten Ganztagsbetreuung hin, die im Nachmittagsbereich immer mit Kooperationspartnern Angebote im Freizeitbereich, wenn auch nur in begrenzten zeitlichen Umfang, vorsieht.

Es entwickelt sich eine Diskussion über das Freizeitverhalten von Schülern.

Besonders in den weiterführenden Schulen ist eine Abkehr von aktiven Angeboten in Form von „Bespäßung“ hin zum „Chillen“ festzustellen. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass die Schüler der Ganztagschulen nach dem offiziellen Unterricht (oftmals bis 16:00 Uhr) noch Hausaufgaben mit nach Hause bringen, sodass die Freizeitgestaltung nur in einem zeitlich geringen Umfang möglich ist. Frau Adolfs weist darauf hin, dass es in den Grundschulen, aufgrund der nachmittäglichen Hausaufgabenhilfe im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS), meistens keine weiteren häuslich zu erledigenden Aufgaben gibt. Die Mitglieder des Ausschusses sind einstimmig der Auffassung, dass neben der schulischen Bildung, die Freizeitgestaltung in Vereinen und Organisationen zur Persönlichkeitsbildung notwendig ist und nicht wegfallen darf. Frau Adolfs macht auf die für die Schulen zwingenden Vorgaben der Schulbehörden zur Gestaltung der Stundenpläne aufmerksam und weist drauf hin, dass somit die Schulen nicht die richtigen Adressaten für eine angedachte Resolution des Ausschusses seien. Herr Gartmann schlägt vor, dass sich aus dem Ausschuss ein Arbeitskreis bildet, zusammengesetzt aus je einem Parteienvertreter, der eine entsprechende politische Resolution an das Landesministerium vorbereitet.